

Danziger Zeitung.

Nr 17777.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Dienstag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Nettelbägergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 2,50 Mk., durch die Post bezogen 2,75 Mk. — Insertionskosten für die sieben gesetzten gewöhnlichen Christstille oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. Juli. (Privatelegramm.) Die hiesigen Bau-Arbeitgeber haben beschlossen: Wo das Strike-Comité über ein Baugeschäft die Arbeitsperre verhängt, heißtet der Geschäftsinhaber die Namen sämtlicher strikteren Gesellen sämtlichen Baugeschäften mit, und diese verpflichten sich, keinen der ihnen namhaft gemachten Gesellen innerhalb der nächsten sechs Wochen zu beschäftigen.

— Die „National-Ztg.“ will künftig jeder offiziösen Zeitungstimme den Glauben versagen und sich lediglich an Thatsachen, sowie an die authentischen Erklärungen des Kaisers oder des Reichskanzlers halten.

Berlin, 12. Juli. (W. L.) Eine gestrige Versammlung der Bäckergesellen hat beschlossen, heute Mittag allgemein die Arbeit einzustellen. Die Meister haben erklärt, sich unter keinen Umständen den Forderungen der Gesellen fügen zu wollen, und haben gemeinsame Schritte, die Geschäftsstörung zu verhindern, unternommen.

München, 12. Juli. (Privatelegramm.) Die „M. Neuest. Nachr.“ erhalten Nachrichten aus Lindau und Friedrichshafen, nach welchen die Zolldurchsuchung gegen Reisende aus der Schweiz schärfer gehandhabt wird; sie sehen darin eine Mahnung der Reichsregierung, durch welche Süddeutschland wirtschaftliche Nachtheile erfährt. Verschiedene Reisende hätten erklärt, hinfest statt der Strecke Lindau-München die Arlbergbahn zu benutzen.

Graz, 12. Juli. (Privatelegramm.) In Folge der Ausbreitung des Strikes ist ein Bataillon Infanterie nach Leoben abgegangen.

London, 12. Juli. (Privatelegramm.) Als Gegenbund gegen die Schutzliga der Landlords kündigt O'Brien mit Zustimmung Parnells eine Pächterschulgiga an, welche sämtliche Pachtzahlungen einstellen soll. — Dies gegenüber 500 000 Pächtern zu erzwingen, dürfte unmöglich sein.

Belgrad, 12. Juli. (Privatelegramm.) Trotz des Dementis der Regierung steht es fest, daß das Räuberwesen im zunehmen ist. Am hellen Tage ist das Bezirksamt Rajecin überfallen, der Geldhaufen erbrochen und die Beamten vertrieben worden.

Bukarest, 12. Juli. (Privatelegramm.) Zahlreiche falsche Banknoten der rumänischen Nationalbank sind entdeckt worden. Die strengste Untersuchung ist eingeleitet.

Konstantinopel, 12. Juli. (Privatelegramm.) Die Pforte wird durch eine Circularnote Beschwerde über die panslavistischen Umtriebe in Serbien und Bulgarien erheben.

Politische Übersicht.

Danzig, 12. Juli.

Der Rückzug.

Die Zeit der „politischen Windmühle“, in welcher die Staatsmänner in „ländlicher Zurückgezogenheit Erholung suchen“, könnte in diesem Jahr einen schwachnervigen Politiker stark aufregen. Eine solche Treiberei und ein solcher Wirrwarr, wie sie in der heutigen zusammengezogenen Masse der Offiziösen in diesem Hochsommer ausgebrochen sind, ist wohl noch niemals dagegewesen. Wer das Treiben der Offiziösen seit Jahren kennt und die vielen Anlässe, durch welche Nachrichten der verschiedensten Art zu bestimmten Zwecken unter das Publikum gebracht werden, wird allerdings weniger Ursache haben, sich aufzuregen. Aber ein klägliches Schauspiel bleibt es immerhin. Über eine halbe Woche lang hat die ganze Presse Deutschlands und wahrscheinlich auch einen Theil der ausländischen Presse die „hochbedeutende“ akademische Auseinandersetzung der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Fälle, in welchen ein Krieg erlaubt sei, lebhaft beschäftigt.

Man zerbrach sich den Kopf über den eigentlichen Sinn dieser Auseinandersetzung, die selbstverständlich mehr war, als das Werk des Herrn Commissar Pindler. Man sah darin einen deutlichen Sieg gegen gewisse einflussreiche militärische Kreise, und es wird diesmal, wenn auch der Wille dazu vorhanden wäre, schwerlich mit Glück der Versuch gemacht werden, der freisinnigen Presse, die ja bekanntlich an allem schuld ist, die Urheberschaft dieser Interpretation auszubüren — und jetzt endlich kommt die „Nordd. Allg. Ztg.“, wie wir in unserer heutigen Morgennummer mitgetheilt haben, und erklärt den Artikel, der so viel Diskussionen hervorgerufen, nicht für eine Tertiararbeit des Herrn Reichskanzlers, sondern für ein schlichtes Werk der Redacteurin der „Nordd. Allg. Ztg.“.

Damit würde die ganze Sache allerdings eine unendlich komische Wendung genommen haben. Den Arbeiten der Herren Pindler und Genossen wird die deutsche Nation allerdings sehr wenig Interesse abgewinnen. Unbegreiflich ist es nur, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht sofort, nachdem der Artikel nach allen Richtungen hin durch die Telegraphendrähte mit der bekannten Deutung verschickt war, Verwahrung gegen den demselben gegebene Deutung einlegte. Weshalb mußte man über vier Tage damit warten? Es wird böse Menschen genug geben, welche diese Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“

nur für einen derselben von der „Kreuztg.“ aufgeworfenen Rückzug halten.

Die „Kreuztg.“ hatte noch gestern Abend darauf bestanden, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit einem „leichten Fechterkunststück“ diesmal nicht davonkommen solle; es handle sich um sehr ernste Dinge. Die Thatsache, sagt die „Kreuztg.“,

dass die Spannung der politischen Lage in Europa allmählich eine so hochgradige geworden ist, daß es selbst dem größten Staatsmannen unmöglich wäre, auch nur für 6 Monate dafür die Garantie zu übernehmen, daß der Friede erhalten bleibt, wird in diesem Augenblick kaum noch von irgend jemand, höchstens von den Börsenorganen, sicher aber nicht von hiesigen maßgebenden Kreisen gelehnt. Unter diesen kritischen Verhältnissen erhebt nun ein Theil der deutschen Presse, der vielfach für offiziös gehalten und tatsächlich jedermann hin und wieder offiziöser Mitteilungen gewürdigt wird, laute Angriffe gegen die höchsten militärischen Autoritäten Deutschlands, welche im Gegenzug zu der friedliebenden Politik des Reichskanzlers der Kriegstreiber beschuldigt werden. Die auswärtige Presse bemächtigt sich dieser Beschuldigungen gegen die „Militärpartei“ in Deutschland mit großem Eifer. Natürlich: denn wenn nun, trotz aller friedliebenden Bemühungen seiner Politik, Deutschland durch die massiven Rüstungen und Heeresforderungen seiner Nachbarn doch zum Kriege gezwungen wird, dann ist ja durch die eigene offiziöse deutsche Presse der unseren Gegnern selbstverständlich sehr erwünschte Beweis im Voraus geführt, daß das Drängen einflußreicher Kreise Deutschlands selbst den Krieg unvermeidlich gemacht hat; die moralische Verantwortung für die Folgen liegen dann auf Deutschlands Schultern. Wer die eminente Bedeutung der Frage, auf wessen Seite im Falle eines großen europäischen Krieges die moralische Schuld liegt, auch nur annähernd zu begreifen vermag, der wird den Ernst der Situation zu würdigem wissen, in die wir durch die vaterlandslose Haltung jener „deutschen“ Blätter hineingeraten sind, welche sich nicht scheuen, ihren halb offiziösen Nimbus dazu zu benutzen, um im Interesse ihrer erbärmlichen Krämer- und Börsenpolitik das eigene Nest durch ihre schamlosen Angriffe gegen die höchsten Autoritäten Deutschlands zu beschützen. Ist es unter solchen Verhältnissen von dem Patriotismus der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu viel verlangt, wenn wir sie — was wir hiermit wiederholen — nachdrücklich auffordern, diesem gefährlichen Treiben vermeintlich offiziöser Blätter dadurch ein Ende zu machen, daß sie die Angriffe gegen den Chef des großen Generalstabes mit voller Deutlichkeit von ihren und ihres Clausewitz-Artikels Rockschößen abschütteln?

Wir haben diesen deutlichen Artikel, dessen Hauptinhalt bereits in unserer heutigen Morgennummer enthalten ist, wörtlich wiedergegeben zu sollen geglaubt, weil derselbe ein höchst bemerkenswertes Streiflicht wirkt einmal auf die Zustände in unserer deutschen Presse und ferner ähnlich auf das, was bei uns die offiziöse Treiberei leisten kann. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat der „Kreuztg.“ den Willen gethan: die letztere kann stolz sein auf ihren Erfolg.

Um auch dem Humor Rechnung zu tragen, wollen wir dieser Auseinandersetzung zwischen der „Kreuztg.“ und der „N. A. Z.“ noch hinzufügen, was die „Berl. Pol. Nach.“, deren Redacteur bekanntlich zu dem preußischen Finanzminister in Beziehung steht, aus diesem Falle machen. Sie schreiben wörtlich:

„Diejenigen Blätter, welche dem sogenannten Clausewitz-Artikel eine so hohe politische Bedeutung beigelegt haben, werden sich nun mit ihren Lesern über diese Mystifikation abzufinden haben. Diese hat zwar ihren Zweck insofern erreicht, als es gelungen ist, die durch den neulichen Warnungsruf der „Nordd. Allg. Ztg.“ vor dem Ankauf russischer Werthe stark erschütterte Vertrauensseligkeit des Publikums einzermachen wiederherzustellen, aber wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß die Inhaber russischer Werthe die Lage nunmehr wieder in ihrem wahren Lichte erblicken und dem ihnen von der „Nordd. Allg. Ztg.“ und auch an dieser Stelle wiederholt ertheilten Rathe folgend fortfahren, die heutige günstige Conjuratur zu nutzen, um sich der in ihrem Besitz befindlichen russischen Werthe möglichst schnell zu entäufern.“

In ansprechenderer Weise kann man wohl nicht das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden, als es hier die „B. P. R.“ thun.

Das gestrige Telegramm über einen Artikel der „Röd. Ztg.“ hatte uns im übrigen auf den Rückzug der „N. A. Z.“ schon vorbereitet. Ob irgendwo ein Donnerwetter in die offiziöse Gesellschaft hineingeschlagen, ist vorläufig noch nicht zu beurtheilen. An vielen Stellen wird das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht ernst genommen. Die „Germania“ meint, daß Fürst Bismarck den Artikel nicht selbst geschrieben, möglicherweise nicht; das sei übrigens nirgends behauptet. Aber der Artikel behandelt keine „Doctorfrage“ und „kein Mensch glaubt der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß sie mittler in die Bismarck-Waldersee-Discussion hinein einen solchen versänglichen Artikel gewagt haben würde, ohne sicherer Hintermänner, die auch ihrerseits sich gefühl fühlten.“

Darin stimmen wir der „Germania“ vollkommen zu, daß es frivol ist, die höchsten Tagesfragen in einer solchen Weise von unseren Offiziösen behandelt zu sehen. Es wäre endlich an der Zeit, daß diesem Treiben durch ein entschiedenes Machtwort ein Ende bereitet würde. Je länger solche

Zustände dauern, desto bedenklicher sind sie für den Staat.

Doch dieser Akt wäre ja zu Ende, und man kann sagen: die Rollen waren gut vertheilt. Wann beginnt der nächste Akt? Und werden sich dann wieder Leute dazu drängen, darin mitzuwirken, ohne daß sie es nötig hätten?

Der Ausgang des Culturkampfes.

Soeben werden die letzten Zeugen des Culturkampfes befragt. Die preußische Regierung veranlaßt den letzten Staatspäfarrer, sein Amt zu verlassen, und der Bischof ruft den letzten Prebendar aus der Journalistik ab und entschädigt ihn mit einer guten Pfarrprämie. Die Staatspäfarrer hofften auf den Sieg des Staates über die Hierarchie, und in dieser Hoffnung unterstützten sie den Staat, manche mit Daranzeigung ihrer Erstlinge. Vielen von ihnen haben diesen Glauben an die Macht des preußischen Staates schwer bücken müssen. Die Staatspäfarrer sind noch nicht die, welche sich bei der Frontänderung der preußischen Regierung am schlechtesten stehen. Unter Herrn v. Puttkamer war ihre Stellung am schwierigsten. Herr v. Gohler hat wenigstens dafür gesorgt, daß die Herren beim Ausscheiden aus ihrem Amt nicht einer sorgenvollen Zukunft für den Rest ihres Lebens ins Antlitz schauen dürfen. Neben den Staatspäfarrern traten zahlreiche Lehrer auf die Seite des Staates. Ein sehr großer Theil von ihnen hat einsehen müssen, daß die katholische Kirche doch, so lange wir Konfessionschulen haben, stärker auf das Leben der Lehrer einzuwirken versteht, als der preußische Staat, und viele von ihnen haben danach gehandelt. Als bei Fürst Bismarck andere Pläne die Oberhand gewannen, als Herr Falk durch Herrn v. Puttkamer ersezt wurde, sagte Fürst Bismarck auf einer parlamentarischen Soirée, Herr v. Puttkamer solle denselben Faden spinnen, wie Herr Falk, nur eine andere Nummer; die Waffen sollten nur auf dem Fechtboden niedergelegt werden. Bald zeigte sich aber, daß nicht nur die Nummer, sondern auch der Faden ein anderer war. Und jetzt steht es fest, daß die Waffen des Culturkampfes in einem verstaubten Winkel des Fechtbodens liegen bleiben werden und nicht mehr hervorgeholt werden können.

Ein Culturkampf, wie der in den siebziger Jahren ist — so schreibt nach unserer Ansicht zutreffend die „B. Corresp.“ — für die gegenwärtige Generation und auch für die nächsten Geschlechter unmöglich geworden. Mit Erfolg konnte dieser Kampf seitens des Staates nur durch die Unterstützung eines Theiles der Katholiken unternommen werden. Die Katholiken, Geistliche wie Laien, würden sich hüten, in einem künftigen Culturkampf, den Fürst Bismarck selber unternehmen wollte — was sicher nicht zu erwarten ist — auf die Seite des Staates zu treten; die Erinnerungen an das Schicksal der Staatspäfarrer und sämtlicher Staats- und Alt-katholiken würden Ihnen ein warnendes Beispiel sein. Und weder die jehigen noch künftige Staatsmänner und Parteien werden sich in einen neuen Culturkampf einlassen. Man würde ihnen jurieren: was dem großen Staatsmann, welcher die alten Monarchen Österreich und Frankreich besiegt, nicht gelungen sei, werde ihnen, den Epigonen, erst recht nicht gelingen.

Unrichtige Sparsamkeit im Eisenbahnbewegen.

Aus Anlaß des Eisenbahnunglücks bei Röhrmoos führte dieser Tag ein bairisches Blatt Beschwerde über allzu viel Neigung der dortigen Eisenbahnverwaltung, untergeordnete, schlecht bezahlte und in ihrer Arbeitskraft auf äußerste Ausgenützte Bedienstete aushilfsweise wichtige Dienste leisten zu lassen, um an ständigem Personal zu sparen und glänzende Ueberschüsse zu erzielen. Ob und inwieweit bei diesen Alagren Ueberreibungen mit unterlaufen, wird man in Bayern selbst besser als von hier aus übersehen können. Dass aber auch in Preußen nicht alles auf dem Gebiete der Eisenbahnverwaltung so ist, wie es sein könnte und sein sollte, sowohl in Hinsicht auf materielle Stellung der mittleren und unteren Beamten als auch betrifft der Beschäftigung düsterischer Beamten in Stellen, welche ihrer Natur nach unentbehrlich sind und deshalb zu fester Anstellung berechtigt sind, kann nicht beweist werden.

Die alljährlich dem Abgeordnetenhaus zu gehenden Petitionen aus Kreisen gerade der unteren Beamtenkategorie liefern dafür eine Bestätigung. Wenigstens hat dies das Abgeordnetenhaus selber anerkannt, indem es die betreffenden Petitionen öfters der Regierung „zur Berücksichtigung“ überantwortete.

Dem Herrn Minister Maybach wird man gern das Zeugnis aussstellen, daß er seit einer Reihe von Jahren bemüht ist, auch für die unteren Beamten seines Reichs zu sorgen, und man darf ihm glauben, daß in der That sehr oft nur die allgemeine Finanzlage des Staates es war, die ihn abhielt, in diesem Bemühen weiter zu gehen, als er tatsächlich gegangen ist. Aber er selbst hat theils in Person, theils durch seine Commissare wiederholt auch zugegeben, daß noch mehr geschehen muß und daß dies „Mehr“ geschehen werde, wenn die Staatsfinanzen es erlauben. Noch in letzter Session hat er sich dem ähnlich geäußert. Man darf daran wohl in einem Augenblick erinnern, wo unter allseitiger Berufung auf die hohen Ueberschüsse der preußischen Staatsbahn - Verwaltung man an den Minister mit immer dringlicheren, sich bereits in die Gestalt von Vorwürfen kleidenden Wünschen nach Ermäßigung der Tarife herantritt. Den interessirten Industrien wird man es ja von Ihrem Standpunkte aus nicht so sehr verübeln können,

wenn sie sich gegenüber dem Minister aus dessen eigenem Gefändrich vom Mai 1888 berufen, wonach die Steigerung der Ueberschüsse nicht das Ziel der Staatsseebahnpolitik sein und diese leichtere nicht sowohl auf die Erzielung gewinnbringender Geschäfte für die Staatsbahn, als auf die Förderung des wirtschaftlichen Wohles des Landes gerichtet sein soll. Und man wird es daher auch begreiflich finden, daß die Vertreter der großen Industrien die Nutzungen aus den hohen Ueberschüssen der Staatsbahnen hauptsächlich im Sinne einer ausgiebigen Herabsetzung der Frachtkosten zu sieben geneigt sind. Aber andererseits wird mit nicht geringerem Rechte auch auf die Consequenzen hingewiesen werden dürfen, welche die gesiegerten Erräge der Staatsbahnen auch hinsichtlich der Lage der Beamten haben sollten.

Die Boulangisten scheinen beschlossen zu haben, durch ungehörliche Betragen die weiteren Verhandlungen der Deputiertenkammer, deren Schluss in den nächsten Tagen beabsichtigt war, unmöglich zu machen.

In der gestrigen Sitzung interpellirte Le Héritier die Regierung wegen der jüngst angeblich in Angoulême vorgekommenen Verleumdung der Gesetze und der Verfassung. Der Minister des Inneren, Constans, erwiederte, er habe die Aufgabe, die Ordnung auf den Straßen aufrecht zu erhalten, und er werde sie unter steter Beobachtung der Gesetze aufrechterhalten, so lange er im Amt sei. Die Regierung habe das Recht sich zu verteidigen und werde sich verteidigen. Die parlamentarische Immunität komme nicht in Frage, sobald es sich bei einem Vergehen um die Befreiung auf frischer That handle. Laguerre äußerte sich in festigster Weise über die Vorkommisse in Angoulême, wurde deshalb zur Ordnung gerufen, fuhr aber gleichwohl fort, den obersten Staatsgerichtshof als eine Parodie auf die Justiz hinzustellen. Laguerre wurde darauf zum zweiten Male zur Ordnung gerufen mit dem Bemerkung, daß der Ordnungsruf zu Protokoll genommen werden würde, ließ sich dadurch aber nicht abhalten, den Minister Constans aufs neue zu beleidigen. Auf den Antrag des Kammerpräsidenten Méline wurde Laguerre darauf das Wort entzogen, und als dieser dessen ungeachtet auf der Rednertribüne blieb, bedekte der Kammerpräsident Méline sein Haupt, verließ den Sitzungsraum und ließ die Tribünen räumen.

Um 4 Uhr 55 Min. wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident erklärte Laguerre, welcher in der Zwischenzeit die Rednertribüne nicht verlassen hatte, daß über ihn, wenn er bei diesem Benehmen bleibe, die Censur mit zeitweiliger Ausschließung verhängt werden würde. Laguerre erwiederte darauf, in seiner Person sei vor einem Monat die parlamentarische Immunität verletzt worden, heute verleihe nun auch die Kammer das Recht des freien Wortes; er werde sprechen. Präsident Méline fragte nunmehr die Kammer, und diese verhängte sodann über Laguerre die Censur mit Ausschließung. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Über den weiteren Verlauf dieses Zwischenfalls gehen uns heute noch folgende telegraphische Meldungen zu:

Paris, 12. Juli. (W. L.) Laguerre blieb im Sitzungsraum in der Erwartung, daß die um 5½ Uhr geschlossene Sitzung der Kammer wieder aufgenommen werden würde, zurück und verließ die Rednertribüne erst um 6 Uhr. An dem Ausgang der Palais Bourbon wurde er von boulangistischen Deputirten und Journalisten freudig begrüßt, während andere Deputirte ausgesetzt wurden.

Man glaubt, Le Héritier beabsichtige, sich heute in ähnlicher Weise aus der Kammer weisen zu lassen und andere Boulangisten würden dann in den weiteren Sitzungen ebenso verfahren, um die Abstimmung über die Vorlage, betreffend die mehrfachen Candidaturen, zu verhindern.

Uebrigens wird der Schluss der Sessoin noch durch die vorjährige Erledigung der Budgets hinausgeschoben. Man meldet uns:

Paris, 12. Juli. (W. L.) Der Senat hat gestern Abend einige Kapitel des Budgets mit Änderungen genehmigt, welche nochmalige Beratung des Budgets durch die Kammer erfordern.

Wie man der „Doss. Ztg.“ meldet, hat der Deputirte Andrieux angekündigt, daß er einen Volksgerichts-Ausschiff eingezogen habe, in welchem er den Vorsitz führt, der Anzeigen gegen alle Minister entgegen nimmt, um sie auf ihre Begründung zu prüfen. Mehrere Blätter fragen sich ernstlich, ob Andrieux nicht verrückt geworden sei.

Die Erhebung der Anklage gegen Boulangier und Genossen soll übrigens unmittelbar bevorstehen. Man telegraphiert darüber:

Paris, 12. Juli. (W. L.) Das „Journal des Debats“ erwähnt das Gerücht, die Anklagekammer des obersten Staatsgerichtshofes werde heute Abend den Besluß fassen, Boulangier, Dillon und Rochefort unter der Anschuldigung des Verbrechens des Attentats vor den obersten Gerichtshof zu verweisen, vorbehaltlich des Vorwegens gegen Boulangier allein, welches der Generalprocurator etwa wegen Veruntreuung und Unterschleiß öffentlicher Gelder anstrengen sollte.

Der Kampf im Sudan.

Im englischen Ueberhause machte gestern der Staatssekretär des Krieges, Stanhope, die Mitteilung, das Heer des Dervischen sei in Aegypten eingedrungen. Die Stärke desselben werde auf 6000 Mann mit 800 Kanonen geschätzt. Gestern hätten die Dervischen einen Marsch von 7 Meilen gemacht und seien 3 Meilen südlich von Abu Simbel, mithin 33 Meilen nördlich von Wady Halsa angelangt. Der Oberst Greenell befindet sich in Assuan, wohin Verstärkungen, unter denen sich auch einige britische Truppenabteilungen befinden, abgegangen seien. Zur Verstärkung der Garnison in Ober-Aegypten seien das „Dorsetshire-Regiment“ aus Malta und das „Yorkshire-Regiment“ aus Chypren zeitweise nach Aegypten beordert worden.

Ferner meldet aus Cairo vom 10. Juli das Bureau Reuter: Die ägyptischen Truppen haben Elman besetzt. Oberst Wodehouse führt fort die Truppen Mad-el-Numis zu belästigen und sie daran zu verhindern, Wasser zu bekommen. Die Gefundheit der Truppen ist vorzüglich. — Oberst Wodehouse telegraphiert heute Abend an, daß der Feind bisher noch keine Verstärkungen erhalten hat. Der ägyptische Trupp in Serri hat ein Vorpostengefecht mit dem Feinde gehabt, welcher 30 Mann an Todten verlor. Ein Picket des 13. Bataillons überraschte eine Schaar Dervische beim Wasserholen und tödete 11 von ihnen. Der Feind ist in den letzten Tagen fast garnicht von der Stelle gerückt. Die Ägypter verloren gestern 1 Toten und 1 Verwundeten.

Die Lage der Ägypter und Engländer gegenüber den Dervischen scheint sich inmitten schwieriger gestaltet zu haben. Uns wird gemeldet:

London, 12. Juli. (privattelegramm.) Aussem Pascha hat Lord Galisburn türkische Truppen für Oberägypten angeboten, wo die Lage kritisch geworden ist. Die Dervischen sind 30 Miles unterhalb Wady Halsa angekommen. Wodehouse hat eine Proclamation erlassen, in der er die Eingeborenen, welche die Dervische unterstützen, mit dem Tode bedroht. — Aus dem Lager von Albershort gehen sofort Truppen nach dem Mittelmeer ab.

Zu den serbischen Rüstungen.

Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ schreibt, der Aufschluß der serbischen Regierung über die Bewaffnung des dritten Aufgebots sei um so erwünschter, als bereits Gerüchte der verschiedensten Art in den Nachbarländern, namentlich in Bulgarien, zu ernsthaften Erwägungen Anlaß gäben. Der Entschluß der serbischen Regierung, dem Räuberunwesen auf das energischste zu begegnen, könne nur mit großem Beifall aufgenommen werden. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die Bewaffnung des dritten Aufgebots das entsprechende Mittel dazu sei, da gewöhnlich erprobte militärische Kräfte dafür herbeigezogen würden. Die von der serbischen Regierung selbst zugegebenen Verhältnisse bewiesen indessen am klarsten, daß an die serbische Regierung immer dringender die Notwendigkeit herantrete, ihr Augenmerk auf die inneren Verhältnisse zu richten und dem durch so große Unruhen erregten Lande die Ordnung wiederzugeben.

Deutschland.

* Berlin, 11. Juli. [Zur Kaiserreise.] Aus Christiania vom heutigen Datum wird gemeldet: Kaiser Wilhelm traf gestern Abend von Gudvangen kommend in Lärabell ein, verblieb aber an Bord des Schlosses. Das Weiter war ungünstig. Heute Nachmittag schickte der Kaiser die Reise nach Marstrand fort.

* Aus Rütingen, 11. Juli, telegraphiert man der „Kreuz.“: Die Gerüchte, der Prinzregent von Bayern sollte hierher kommen, um der Kaiserin einen Besuch abzustatten, sind falsch. Die Kaiserin, die sich des besten Wohlfeins erfreut, wird sich von hier nach Bayreuth begeben, wo sie erst im August mit dem Kaiser zusammentrifft. Dort wird der Prinzregent Ihre kais. Majestät begrüßen.

* [Die „Nationalen“ unter sich.] Die „Kreuz.“ schlägt schonungslos auf die, wie sie in Anführungszeichen sagt, „nationale“ Presse ein. Nur eine Probe von dem Ton. Sie schickt einen längeren Artikel gegen die „Nat.-Ztg.“ und die „Hamb. Nachr.“ mit folgenden Worten: „Dass wie die ganze Jämmerlichkeit der „nationalen“ Gesinnung dieser Gesellschaft einmal schonungslos ausgelebt und den Nachweis geführt haben, daß gerade die Haltung der „Nationalen par excellence“ dem Reichskanzler die größten Schwierigkeiten bereitet, scheint die Herren ins Herz getroffen zu haben, sonst hätten sie sich wohl bei ruhigerer Überlegung weniger anrüchiger Waffen gegen uns bedient.“ Ein interessantes Schauspiel, daß diejenigen, die immer mit ihrer „nationalen“ Gesinnung prunken, einander nur gegenseitig als Reichsfeinde abthun. Bei uns in Deutschland geht es nun einmal ohne „Reichsfeinde“ nicht mehr. Diejenigen, welche am meisten so bestellt werden, können sich nur darüber freuen, daß ihrer an den verschiedensten Stellen immer mehr werden.

* Die „Lib. Corresp.“ hatte die „National-Ztg.“ nach dem Namen der „einigen freisinnigen Blätter“ gefragt, welche nach dem Leitartikel in ihrer Dienstag-Morgennummer für den Krieg schwärmen sollen. Statt der „einigen“ nennt sie eins, die „Frei. Ztg.“, und hält ihm gegenüber nur den Vorwurf aufrecht, daß dasselbe unausgesetzt von Niederlagen des Fürsten Bismarck zu berichten wisse. In der Ueberschrift ihres Dienstag-Artikels war von den „Alarmisten“ die Rede, und in dem Eingang des Abschlusses, in dem die Vorwürfe gegen „einige freisinnige Blätter“ erhoben wurden, von den Blättern der „Arbeitspartei aller Länder“. Dadurch wurde die freisinnige Partei zur „Arbeitspartei“ gemacht. Ob die Logik der „Nat.-Ztg.“, welche die „Kreuz-Zeitung“ und die „Frei. Ztg.“, weil sie von Niederlagen des Fürsten Bismarck zu berichten wissen, zur Arbeitspartei rechnet, auch von anderen Menschen anerkannt werden wird, müssen wir dem Urtheil unserer Leser überlassen. Es wäre eine sonderbare Sache, wenn nur diejenigen zur Friedenspartei gehören, welche entweder nur von Erfolgen des Reichskanzlers zu berichten oder wenigstens zu schweigen wissen.

* [Ein hübsches Gegenstück zu den Vorgängen im Stuttgarter Offizierscasino] wird der „Fr. Ztg.“ aus Stuttgart berichten: Ein Offizier der österreichischen Armee, welcher als militärischer Vertreter Österreichs in Begleitung von zwei Offizieren dem Königjubiläum in Stuttgart bewohnte, hielt

sich auf der Rückreise nach seinem Garnisonsort Preßburg einen Tag in Wien bei Vermählten auf und erzählte dort aus seinem Aufenthalte in Stuttgart folgende Episode: „Als bei der Tafel im Offizierscasino die Reihe der Tooste auf den Vertreter Österreichs kam, erhob sich Oberst Nechvalsky und brachte folgenden Trinkspruch aus: „Nicht nur allein auf das Wohl Würtemberg's erhebe ich mein Glas, sondern auch auf die Vertreter aller Staaten, die hier versammelt sind, auf das friedliche Gedanken aller, aller Völker!“ Brausende Hochrufe erlönten von allen Seiten. Ein russischer Oberst trat auf Herrn Nechvalsky zu und sprach: „Aus Hochachtung und Verehrung bitte ich, von mir ein Andenken anzunehmen“ und überreichte dem Obersten Nechvalsky einen prachtvollen Säbel. Auch von Seite der Bevölkerung Stuttgarts wurden den österreichischen Offizieren zahlreiche Ovationen dargebracht.

* [Zu der Tragödie in der Treskewstraße 17] erfährt das „kleine Journal“ noch die folgenden Einzelheiten: Die Pflegeeltern des unglücklichen Robert Lindemann, die Missionarfamilie Sandrock, wohnt in der vierten Etage, Portal I. des Seitengebäudes seit etwa zwei Jahren. Die Familie hat außer dem Pflegeeltern noch zwei Kinder, einen vier- bis fünfjährigen Jungen und ein etwas älteres Mädchen. Dem Missionar Sandrock, der, wie bereits erwähnt, vollständig erblindet ist, wird von den Hausbewohnern kein schlechtes Zeugnis ausgestellt; er soll ein guter Mann sein, wogegen die Frau Missionarin wegen ihres gespreizten, hoffähigen Weibes wenig Sympathien genießt. Am meisten verachte man ihr aber die schlechte Behandlung ihres Pflegekindes, des kleinen Robert Lindemann. Der elfjährige, schlecht genährte Junge schien kaum 8 Jahre alt zu sein. Er erhielt schlechtes Essen, seine Hauptnahrung bestand aus Mehlsuppe, die er sich noch dazu, wie die Haushalte behaupten, selbst kochen und in der Küche einfam essen mußte. Mitleidige Nachbarn gaben dem Jungen öfter zu essen, wofür er sich steils sehr dankbar erwies. Überhaupt soll derselbe kleinen schlechten Charakter besessen haben, er war Tremben gegenüber immer artig und höflich, schlug sich niemals mit anderen Kindern herum, trotzdem er keineswegs melancholisch, sondern im Gegenteil von Gemüth aus heiter und aufgeweckt war. Es ist allerdings richtig, daß der Junge mehrmals von häuslichen Gewaltverstößen aus diesem Grunde schon vorübergehend in der Besserungsanstalt untergebracht war; auch in der leichten Zeit trieb er sich zwei Tage auf der Straße herum und wurde ein paar Tage vor dem Vorfall von der Polizei in das Haus seiner Pflegeeltern zurückgebracht. Es scheinen diese Entwickelungen von Hause aus der Folgen der schlechten Behandlung und der Lieblosigkeit gewesen zu sein, mit welcher der Knabe von seiner Pflegemutter behandelt wurde. Als der Junge nach dem Sturz sterbend im Hofe lag, ließ sich die Pflegemutter nirgends sehen. Endlich stieg eine Frau Armutre die vier Treppen hinauf, klingelte und benachrichtigte die Frau Missionarin von dem Vorfallen. Diese war nicht nur sehr erstaunt, sondern war sogar sehr grob und erwiderte: „Was fällt Ihnen ein? der Junge ist in der Küche und schreut!“ In noch unirischer Weise wurde eine Frau Hoffmeister angeschafft, die in der gleichen Abfahrt gekommen. Endlich ließ sich die Frau Stadtmisionarin bewegen, sich zu dem verunglückten, sterbenden Kind hinab zu begeben, wo sie eine empörend gleichgültige Miene aufstreckte, während der Kleine in den Armen einer Fremden, der Maurersfrau Lüttner, ruhte, die ihm mehrmals Wasser reiste. Der Kleine war bis zum letzten Atemzug völlig bei Besinnung. Auf die Frage des Polizei-Lieutenants, ob er herabgesprungen, schüttelte er den Kopf und sagte: „Nein.“ Auf die weitere Frage: „Wer hat es gethan?“ erfolgte die Antwort: „Eine Frau.“ Weitere Fragen beantragte er durch die Worte: „Ich kann nicht mehr reden, ich erkrankt“, worauf sich Erbreden von Blau einstellt. Wenige Augenblicke darauf verschied er. Der Kleine war auf das armellose bekleidet, mit einer schäbigen Hose, abgerissenem Jacke und Weste, ohne Strümpfe und Schuhe und hatte nicht einmal ein Hemd am Leibe. Ein kleines Mädchen, der Tischlerschelle Gaul, das im Hofe spielte und den Robert Lindemann herabschützen sah, glaubte einen Moment, eine Frau hinter der Gardine des geöffneten Küchenfensters, aus dem der Junge gestürzt, wahrgenommen zu haben — in derselben ist dies die unbestimmte Aussage eines Kindes. Mehr Gewicht dürfte auf die Aussage eines Taubenmeisters im Hause des Bäckers Wollank in der Wörtherstraße zu legen sein, der den Vorfall vom Dache des Hauses aus beobachtet und deutlich eine Frauengestalt im Rahmen des Küchenfensters im gegenüberliegenden Hause bemerkt haben will. Wie dem auch sei, so viel scheint festzustehen: Entweder ist der Tod des kleinen Lindemann der Verzweiflungsakt eines misshandelten Kindes oder die Folge eines furchtbaren Verbrechens.

Der „Reichsbote“, das Organ des Hrn. Götscher, gleicht in seiner heutigen Nummer zu, daß dieser für den Anabre Lindemann und seinen bereits verstorbenen Bruder die Frau Stadtmisionarin als Pflegemutter ausgesucht hat. Der „Reichsbote“ schreibt: „Dass wie die ganze Jämmerlichkeit der „nationalen“ Gesinnung dieser Gesellschaft einmal schonungslos ausgelebt und den Nachweis geführt haben, daß gerade die Haltung der „Nationalen par excellence“ dem Reichskanzler die größten Schwierigkeiten bereitet, scheint die Herren ins Herz getroffen zu haben, sonst hätten sie sich wohl bei ruhigerer Überlegung weniger anrüchiger Waffen gegen uns bedient.“ Ein interessantes Schauspiel, daß diejenigen, die immer mit ihrer „nationalen“ Gesinnung prunken, einander nur gegenseitig als Reichsfeinde abthun. Bei uns in Deutschland geht es nun einmal ohne „Reichsfeinde“ nicht mehr. Diejenigen, welche am meisten so bestellt werden, können sich nur darüber freuen, daß ihrer an den verschiedenen Stellen immer mehr werden.

* Die „Lib. Corresp.“ hatte die „National-Ztg.“ nach dem Namen der „einigen freisinnigen Blätter“ gefragt, welche nach dem Leitartikel in ihrer Dienstag-Morgennummer für den Krieg schwärmen sollen. Statt der „einigen“ nennt sie eins, die „Frei. Ztg.“, und hält ihm gegenüber nur den Vorwurf aufrecht, daß dasselbe unausgesetzt von Niederlagen des Fürsten Bismarck zu berichten wisse. In der Ueberschrift ihres Dienstag-Artikels war von den „Alarmisten“ die Rede, und in dem Eingang des Abschlusses, in dem die Vorwürfe gegen „einige freisinnige Blätter“ erhoben wurden, von den Blättern der „Arbeitspartei aller Länder“. Dadurch wurde die freisinnige Partei zur „Arbeitspartei“ gemacht. Ob die Logik der „Nat.-Ztg.“, welche die „Kreuz-Zeitung“ und die „Frei. Ztg.“, weil sie von

Niederlagen des Fürsten Bismarck zu berichten wissen, zur Arbeitspartei rechnet, auch von anderen Menschen anerkannt werden wird, müssen wir dem Urtheil unserer Leser überlassen. Es wäre eine sonderbare Sache, wenn nur diejenigen zur Friedenspartei gehören, welche entweder nur von Erfolgen des Reichskanzlers zu berichten oder wenigstens zu schweigen wissen.

* [Ein hübsches Gegenstück zu den Vorgängen im Stuttgarter Offizierscasino] wird der „Fr. Ztg.“ aus Stuttgart berichten: Ein Offizier der österreichischen Armee, welcher als militärischer Vertreter Österreichs in Begleitung von zwei Offizieren dem Königjubiläum in Stuttgart bewohnte, hielt

Vorprüfung der Frage über die Gewährung des Wahlrechts zu den Handelskammern an Frauen hat sich gegen die Jullassung von Frauen ausgesprochen.

* [Der König von Griechenland] hat auf die Einladung Carnois zum Besuch der Ausstellung geantwortet; er hat sich einen offiziellen Empfang verboten, wird in Paris in einem Gasthof abstiegen und mit dem Präsidenten eine private Zusammenkunft haben.

England.

London, 10. Juli. Earl Fife und die Prinzessin Louise werden ihre Flitterwochen im Duff-Haus in Banffshire zubringen und auch einige Zeit in New-Mar-Lodge, einem anderen Landhaus des reichbegüterten Lords, verleben. Im Herbst wird die königliche Familie in Brämar in Schottland versammelt sein.

Italien.

Benedig, 11. Juli. Die Königin und der Kronprinz von Italien sind hier eingetroffen und von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt worden.

Aufland.

Marschau, 11. Juli. Heute Mittag erfolgte auf dem Motorwaggon in Anwesenheit des Generals Grafen Mußius-Puschkin, als Vertreter des General-Gouverneurs General Gurko, sowie aller höheren Offiziere, des Abgesandten des Kaisers Franz Josef von Österreich und des stellvertretenden österreichischen Consuls die feierliche Übergabe der von dem Kaiser Franz Josef seinem Regiments-Regiment verliehenen Fahnenbänder. Nach der Weihe der Fahnenbänder, der ein Gottsdienst vorausgegangen war, wurde vor der Front des Regiments ein Telegramm des Kaisers Alexander verlesen, welches mit stürmischen Hurrahs aufgenommen wurde. Hierauf wurden Hochs auf den Kaiser Alexander, den Kaiser Franz Josef und auf das Regiment ausgebracht. (W. L.)

Bon der Marine.

Niel, 11. Juli. Das Schiffsgespann-Schulschiff „Rover“ ist gestern nach Swinemünde, das Schiffsgespann-Schulschiff „Musquito“ nach Sonderburg in See gegangen. — Beide Torpedoboottdivisionen sind heute in See gegangen.

Am 13. Juli: Danzig, 12. Juli. M. A. 9.11. G.R. 345. 14.25.

Weiterausfahrt für Sonntag, 14. Juli, auf Grund der Berichte der deutschen Seemarie, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Meist heiter, sonnig, warm, später zunehmend wolzig; schwacher und mäßiger Wind, zeitweise auffrischend.

Montag, 15. Juli:

Warm, heiter, wolzig; leichter bis mäßiger Wind; später vielfach bedeckt, Regen, Gewitter, Abkühlung, frische Winde.

* [Sächsische westpreußische Provinzial-Leherversammlung in Danzig.] In seiner gestern Nachmittag abgehaltenen Sitzung hat der aus Lehrern und anderen angesehenen Bürgern gebildete Ortsausschuß unter dem Vorsitz des Hrn. Mittelschullehrer Voß, Vorsitzenden des Danziger Lehrervereins, das Festprogramm endgültig wie folgt festgestellt: Am 31. Juli, Nachmittags 4 Uhr, Delegiertenversammlung des Provinzial-Lehrrers und des Emeriten-Unterstützungvereins, darauf Vorversammlung bezüglich Festsetzung der Tagesordnung, Wahl des Sitzungsvorstandes für die Hauptversammlungen etc. im Kaiserhof (Seeligengeisgasse), darnach gemütliches Beisammensein in demselben Lokale. Den 1. August Eröffnung der ersten Hauptversammlung um 9 Uhr im Friedrich-Wilhelm-Schülchen, von 1—2½ Uhr Kirchen-concert in der St. Marienkirche und von 3 bis 4½ Festessen im Schülchen. Um 4 Uhr 40 Min. Fahrt mit Damen per Eisenbahn nach Oliva, daß selbst Bestichtigung der Kirche, des Hrs. Kartens etc. Rückfahrt um 8 Uhr 49 Min. Abends. Zum Schluss Besuch des Concerts im Schülengarten. Am 2. August Beginn der zweiten Hauptversammlung um 10 Uhr im Schülchen. Nachmittags 4 Uhr Fahrt per Dampfer auf die See mit Ankehr auf der Westerplatte. Abends zwangloses Beisammensein im Kaiserhof. An beiden Hauptfesttagen findet vor der Versammlung die Bestichtigung der Lehrmittel und der Gehenswürdigkeiten Danzigs statt. Für diejenigen Theilnehmer, welche ihren Besuch bis Sonnabend ausdehnen wollen, ist ein Aufzug nach Jäschkenthal geplant. Die Theilnehmerkarte kostet inkl. Festessen 3 Mk., für diejenigen, welche an der Theilnahme am Festessen behindert sind, 1,50 Mk., und ist zu haben bei dem Hauptlehrer Harder (Brandgasse 12 in Danzig). Der Ortsausschuß lädt Lehrer und Freunde der Schule zu diesem Feste herzlich ein und bittet, die Theilnehmerkarten recht frühzeitig lösen zu wollen, damit die nöthigen Arrangements zur rechten Zeit getroffen werden können. Ein ausführliches Programm für die Festtage wird eine eigens hergestellte Festzeitung bringen.

* [Zur Nogat-Couplirung.] Nachdem in der dritten Berathung des Gesetzes vom 20. Juni 1888 über die Regulirung der unteren Weichsel bekanntlich das die Abschließung der Nogat verlangende Amendement abgelehnt worden war, wurde bekanntlich vom Abgeordnetenhaus der Wunsch ausgesprochen, es möge mit Rücksicht auf die inzwischen gemachten Erfahrungen ein nochmaliges Gutachten der Akademie des Baumesens über die Nogat-Couplirung erforderlich werden. Der Minister hat, wie s. 3. mitgetheilt wurde, demgemäß der Akademie die Frage vorgelegt, „ob es die in neuerer Zeit auf dem Gebiete der Technik gemachten Fortschritte ermöglichen, auch ohne die Spülkraft des Nogatwassers den Pillauer Hafeneingang anderweit durch künstliche Mittel dauernd und ohne zu große Belästigung der Schifffahrt in der erforderlichen Tiefe offen zu halten.“ — Darauf hat nun, nach offiziellen Angaben, die Akademie ihr Gutachten vorläufig dahin abgegeben, daß trotz der Fortschritte, welche auf dem Gebiete der Technik in neuerer Zeit gemacht worden sind, doch ein genügender Beweis für noch nicht erbracht worden sei, daß es ohne die Spülkraft des Nogatwassers und ohne zu große Belästigung der Schifffahrt zu ermöglichen sein würde, den Pillauer Hafeneingang durch Baggers dauernd offen zu halten. Um ein Urtheil hierüber zu gewinnen, hat die Akademie des Baumesens empfohlen, mittels kräftiger Bagger vor Pillau und vor einem derjenigen Ossehäfen, durch welche nur eine geringe Binnentreißung stattfindet, Probebaggerungen auszuführen, und durch sorgfältige Peilungen den Einfluß festzustellen, welchen Stürme und Rüttelströmung auf die künstlich vertiefte Rinne haben. Mit Rücksicht auf dieses Gutachten hat der Minister

die Beschaffung eines geeigneten Dampfbaggers ins Auge gefaßt, welcher im Stande ist, auch bei stärkerem Gezeuge im Seegatt zu baggern. Zunächst hat der Minister die Aufstellung von Projektionen und Kostenüberschlägen angeordnet, danach das Werkere in dieser Angelegenheit sich vorbehaltend.

* [See-Schießübung.] Das in Neufahrwasser garnisonirende Bataillon des pommerischen Infanterie-Regiments fuhr gestern mit der Eisenbahn über Königsberg nach Pillau, um dort an einer mehrwöchentlichen See-Schießübung Theil zu nehmen.

* [Beamtenverein.] Im Saale des Schülchenhauses hielt gestern der Danziger Zweigverein des preußischen Beamtenvereins seine Generalversammlung ab, in welcher zunächst von dem Vorsitzenden Herrn Ober-Regierungsrat Fink der Jahresbericht für das Jahr 1888 erstattet wurde. Die Anzahl der Mitglieder hat sich im Laufe des vergangenen Jahres um 43 vermehrt, so daß am Ende des Jahres 1888 der Verein 356 Mitglieder zählte. Das Guthaben der Verein ist von 36 706 Mk. auf 42 441 Mk. gestiegen, und es wurden 139 Darlehen in dem Betrage von 2795 Mark an die Mitglieder ausgegeben. Die Verwaltungskosten betrugen 578 Mk. und der Reservesonds hat sich von 1193 Mk. auf 1499 Mk. erhöht. Nachdem Decharge erhebt worden war, wurde beschlossen, eine Dividende von 5 Proc. zu vertheilen. Dem Jahre 1890 ab soll jedoch bei solchen Gültigen, welche mehr wie 1000 Mk. betragen, die von der Generalversammlung festgestellte Dividende um 2 Proc. ermäßigt werden. An Stelle des verstorbenen Vorsitzenden des Vereins wurde Hr. Gerichtsrat Pätz gewählt und hierauf die statutenmäßig austretenden Vorstandsmitglieder, die Herren Bürgermeister Hagemann und Bahnmeister Prügel, sowie ihre Stellvertreter Director Panten und Betriebssekretär Fröhlich, wiedergewählt. Der Vorsitzende machte hierauf die Mitglieder auf das vor einiger Zeit nach den Grundsätzen des Offiziervereins gegründete Beamten-Warenhaus aufmerksam. Nachdem noch einige innere Vereinssangelegenheiten erledigt worden waren, wurde beschlossen, am 28. Juli eine Gesellschaft nach Hela zu machen.

* [Der Unterband westpreußischer Schuhmacher-Innungen] wird am Sonntag und Montag hierfür im Schuhmacher-Gewerkshause eine Versammlung abhalten, zu der der Vertreter sämtlicher westpreußischer Schuhmacher-Innungen eingeladen werden sind.

* [Unfälle.] Der Schlosserfeste Julius A. stirzte gestern beim Zusammenstoßen einer Maschine auf einem Dampfer etwa einen Meter tief in den Schiffsräum hinab, wobei er schwere innere Verletzungen erlitt. — Der Zimmermann Karl M. war gestern am Bau der Zuckerfabrik in Neufahrwasser mit dem Heraufschaffen von Balken beschäftigt, wobei er aus einer Höhe von circa 6 Metern herunterstürzte und eine Rückenmarkenschüttung er

Gatt besonderer Meldung.
Donnerstag, den 11. d. Mts.
entweder kommt nach Pessin bei Stuhm
unter der Leitung eines gelehrten
Lehrers. Räthe im ihrem 20. Le-
bensjahr. Die Beerdigung findet
Samstag, den 14. d. Mts., Nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäi-Kirchhofes
statt. (3248)

Um stille Teilnahme bitten
S. Lüthorst und Frau,
geb. Bomhorn.
Danzig, den 12. Juli 1889.
Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zu Folge Verfügung vom 8. Juli
1889 ist an demselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-
niederlassung des Kaufmanns
Lewin Freimann ebendaselbst
unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli
1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-
niederlassung des Kaufmanns
Lewin Freimann ebendaselbst
unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister

unter Nr. 262 eingetragen.

Schweinfurt, den 8. Juli 1889.

Königliches Amtsgericht.

Behandlung.

Zufolge der Verfügung vom 8. Juli

1889 ist am dieselben Tage die
hierdaher bestehende Handels-

niederlassung des Kaufmanns

Lewin Freimann

ebendaselbst

unter der Firma:

L. Freimann

in das drittseitige Firmenregister